

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hermann Bachmaier, Norbert Gansel,
Robert Antretter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/5807 –**

Gegen die Erleichterung deutscher Rüstungsexporte

A. Problem

Rückgängigmachung des Beschlusses des Bundessicherheitsrates vom 23. April 1996, mit dem Rüstungsexporte deutscher Firmen außerhalb der NATO und EU und ohne Endverbleibsklausel erleichtert wurden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages der Fraktion der SPD – Drucksache 13/5807.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/5807 – abzu-
lehnen.

Bonn, den 6. Mai 1998

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost

Vorsitzender

Erich G. Fritz

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Erich G. Fritz**I.**

Der **Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/5807** – wurde in der 227. Sitzung des Deutschen Bundestages am 2. April 1998 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuß, den Verteidigungsausschuß und den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II.

Der Antrag der Fraktion der SPD nimmt Bezug auf den Beschluß des Bundessicherheitsrates vom 23. April 1996 Rüstungsexporte deutscher Firmen zu erleichtern. Bei privaten Rüstungsk Kooperationen mit anderen EU- und NATO-Staaten mit sogenannten NATO-gleichgestellten Staaten und beim Weiterexport in Drittländer können deutsche Firmen nach diesem Beschluß von vornherein von einer Genehmigung durch die Bundesregierung ausgehen, die nur durch ein gemeinsames Veto der Bundesminister der Verteidigung, für Wirtschaft und des Auswärtigen versagt werden könnte. Die antragstellende Fraktion weist darauf hin, daß dieser Beschluß über derartige Genehmigungsvermutungen ausdrücklich auch während der „Nutzungsphase einer Waffe“, also im Krieg und im Bürgerkrieg gelte. Über den Antrag soll erreicht werden, daß der Deutsche Bundestag Erleichterungen beim deutschen Rüstungsexport in Staaten außerhalb der NATO und der EU und ohne Endverbleibsklausel ablehnt. Außerdem soll davor gewarnt werden, Rüstungsexporte zunehmend unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu sehen. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, ihren Beschluß zur Erleichterung der Rüstungsexporte wieder rückgängig zu machen und dies mit einem entsprechenden Votum des Sicherheitsrates festzuhalten.

III.

Der **Auswärtige Ausschuß** hat in seiner Sitzung am 29. April 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages der Fraktion der SPD – Drucksache 13/5807 – zu empfehlen.

Der **Verteidigungsausschuß** hat in seiner 95. Sitzung am 29. April 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und in Abwesenheit der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD – Drucksache 13/5807 – zu empfehlen.

Der **Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner Sitzung am 22. April 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung des Mitglieds der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD – Drucksache 13/5807 – zu empfehlen.

IV.

Der **Ausschuß für Wirtschaft** hat den Antrag in seiner 84. Sitzung am 6. Mai 1998 beraten.

Der Ausschuß für Wirtschaft beschloß mehrheitlich, mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD – Drucksache 13/5807 – zu empfehlen.

Bonn, den 6. Mai 1998

Erich G. Fritz

Berichterstatler

